

Kardinal bleibt in Ehrenliste

Opposition fordert Aufarbeitung und sieht »Geschichtsverklärung«

Paderborn (pic). Der frühere Erzbischof Lorenz Kardinal Jaeger sowie der einstige Reichspräsident Paul von Hindenburg bleiben in der Paderborner Ehrenbürgerliste. Der Stadtrat hat am Abend mit 40 CDU-, FDP-, FBI und AfD-Stimmen Anträge der Demokratischen Initiative (DIP) und der Bündnisgrünen zurückgewiesen, ihre Ehrenbürgerschaften aufzuheben.

In der Ehrenliste wird der Name des Kardinals auch nicht mit dem Vermerk bedacht, dass aus heutiger Sicht eine Verleihung der Ehrenbürgerwürde im Gegensatz zum Ratsbeschluss 1955 unangebracht sei. Diesen Vermerk, den die SPD beantragt hatte, verhinderten ebenfalls CDU und FDP.

»Jaeger war kein Nationalsozialist oder Rassist«, wies CDU-Ratscherr Michael Pavlicic Vorhaltungen

der DIP zurück. Führende Politiker des NS-Regimes wie der damalige Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels oder SD-Chef Reinhard Heydrich hätten 1941 den neuen Paderborner Bischof Lorenz Jaeger für den Nationalsozialismus gar gefährlicher als Bischof von Galen in Münster eingestuft. »Der Nachweis ist nicht gelungen, dass Jaeger ein verkappter Nazi war«, sagte CDU-Ratscherr Christoph Quasten.

Dagegen sieht SPD-Ratscherr Manfred Krugmann die Rhetorik von Erzbischof Jaeger in einer »bedenklichen Nähe zur NS-Propaganda und zum Teil auch zur Rassenlehre der Nationalsozialisten«. Die Ehrenbürgerverleihung Mitte der 1950er Jahre sei auch eine Geschichtsverklärung in einer Zeit der Verdrängung gewesen, ohne

sich mit der NS-Zeit auseinanderzusetzen zu wollen. Zusammen mit Grünen-Ratscherrn Dr. Klaus Schröder fordert die SPD 70 Jahre nach Kriegsende diese Auseinandersetzung mit der Geschichte. Selbst eine Streichung aus der Ehrenliste reiche nicht und sei »Geschichtsverklitterung«, wenn der Name lediglich verschwinde. Historiker sollten zu Rate gezogen werden, schlagen die Grünen mit FBI-Unterstützung vor. Auch das fand keine Mehrheit im Rat.

Der Hinweis von Bürgermeister Michael Dreier (CDU), dass laut Gemeindeordnung eine Ehrenbürgerschaft mit dem Tod erlosche, stieß bei DPI und Grünen auf Kritik: Es sei zu einfach, sich auf Formalitäten zurückzuziehen, sagten Dr. Klaus Schröder und DPI-Sprecher Reinhard Borgmeier.